

Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative:

Wie glaubwürdig ist der Bundesrat noch?



Prof. Dr.
Albert A. Stahel,
Gemeinderat,
Wädenswil

Gemäss dem Bundesamt für Migration hat sich die Zuwanderung in die Schweiz im Jahr 2013 im Vergleich zu 2012 beschleunigt. So hat bis Ende 2013 die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer um 61'570 zugenommen. **Im Vergleich zum Wachstum von 3 Prozent im Jahre 2012 betrug das Wachstum für 2013 3.4 Prozent.** Ende 2013 lebten in der Schweiz 1'886'630 Ausländerinnen und Ausländer. Davon stammten 1'279'455 Menschen aus EU/EFTA-Staaten. Deren Zunahme betrug 4.5 Prozent. Dies im Gegensatz zu 1.2 Prozent aus anderen Staaten. Die grösste Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer waren 301'254 Menschen aus Italien, gefolgt von 293'156 Menschen aus Deutschland.

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Arbeitslosigkeit und Akademikerproletariat

Für diese Masseneinwanderung in unser kleines Land gibt es verschiedene Gründe. An oberster Stelle ist der bilaterale Vertrag der

Schweiz mit der EU über die Personenfreizügigkeit dafür verantwortlich.

Mit der Unterzeichnung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit hat der Bundesrat damals sehr kurzsichtig und ohne Bedenken alle Schleusen für die Einwanderung in die Schweiz geöffnet.

Der zweite Grund – dies trifft neben Italien für alle südeuropäischen Staaten zu – **ist der Zustand der Wirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit in diesen Staaten.** Für Deutschland gelten andere Gründe. **Dazu gehört insbesondere die in der Schweiz bessere Entlohnung eines überschüssigen Akademikerproletariates.** Infolge verschiedener unbedachter Reformen im Hochschul- und Mittel schulwesen hat Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten ein Akademikerproletariat produziert.

Viele deutsche Absolventen weisen eine im Vergleich zur Ausbildung an unseren Hochschulen ungenügende Ausbildung auf.

Leider lassen sich die Personalchefs unserer Unternehmen vom forschen Auftreten der Geschwäteler blenden. **Nirgends werden die Qualität und der Standard der deutschen Abschlussdiplome genau überprüft.** Dass dies notwendig wäre, zeigen verschiedene Skandale der letzten Zeit, wie beispielsweise das Doktorplagiat des Freiherrn zu Guttenberg.

Spitzenwerte bei der Bevölkerungsdichte

Leider führt diese Masseneinwan-



Für den Globalisten Schneider-Ammann (Bild) ist das Resultat wohl die grösste Niederlage. Hält der Bundesrat bezüglich Umsetzung Wort?!

Spendenaufruf

Mit der Annahme der Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» hat man nun einen ersten Etappensieg sichergestellt. Dieser kam jedoch nur dank Ihrer grosszügigen Unterstützung zustande. Das nächste Kernanliegen ist die Ecopop-Initiative, welche vor allem auch die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative vollziehen soll. Da die Gegner im kommenden Abstimmungskampf wiederum eine millionenschwere Propagandawalze auffahren werden, sind wir erneut auf einen finanziellen Zustupf angewiesen. Ihre Mithilfe lohnt sich!

Ihre SD-Parteileitung

derung nicht nur zur Verdrängung und Erniedrigung von Schweizern im Arbeitsprozess. Dazu kommt noch, dass durch das Zubetonieren unserer Landschaft infolge der Masseneinwanderung unser Land regelrecht zerstört und unsere Erholungsgebiete vernichtet werden. Das Profitdenken Einzelner lässt

grüssen. **Diese geldgierigen Herrschaften lässt es kalt, dass von den knapp 41'285 km² der Schweiz nur die Hälfte für die Landwirtschaft und für die Wohngebiete verfügbar ist.**

Fortsetzung Seite 2

Historischer Sieg: Das Schweizer Stimmvolk sagt mit 50,3% Ja zur Masseneinwanderungsinitiative. Nun fordern die Schweizer Demokraten (SD) eine konkrete Umsetzung mittels Annahme der Ecopop-Initiative. Dies ist der nächste Kampf!

Wie glaubwürdig ist der Bundesrat noch?

Fortsetzung von Seite 1

Bezogen auf diese kleine Fläche steht die Schweiz betreffend Bevölkerungsdichte in Europa mit Malta und den Niederlanden an der Spitze aller Staaten.

Wie in den Niederlanden beträgt die Bevölkerungsdichte in der Schweiz über 400 Einwohner pro km². Hält die Zuwanderung weiterhin an, dann dürfte die totale Vernichtung der Schweiz in 10 bis 20 Jahren durch die rücksichtslose Verbauung ein sehr plausibles Szenario sein.

Wie standhaft ist der Bundesrat?!

Gott sei Dank hat die Schweizer Bevölkerung der Initiative für die Masseneinwanderung zugestimmt. Leider ist aber zu befürchten, dass der Bundesrat die Durchsetzung dieser Initiative gegenüber der EU – dazu gehört die Kündigung der Personenfreizügigkeit – torpedieren könnte. Vorbilder für ein solches bundesrätliches Vorgehen gibt es bereits, so die Aushöhlung der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative. Die Torpedierung der Masseneinwanderungsinitiati-

ve dürfte durch zwei Faktoren verursacht werden. An erster Stelle steht der Druck der geldgierigen Wirtschaftsoligarchen in der Schweiz – die ersten Äusserungen unseres Wirtschaftsministers Schneider-Ammann lassen bereits aufhorchen – auf den Bundesrat. Der zweite Faktor ist die Einschüchterung des Bundesrates durch die EU.

Die EU-Magnaten versuchen bereits jetzt durch Drohungen die Umsetzung der Initiative und damit den Ersatz der Freizügigkeit durch die Kontingentierung unter allen Umständen zu hintertreiben.

Diesen Magnaten, die sich selbst zu den Hütern Europas ernannt haben, fehlt jedes demokratische Verständnis. Sie haben sich zu Herren über Europa aufgeschwungen und deshalb sollen ihnen die Völker Europas auch dienen.

Stärken ausspielen

Wie kann die Schweiz in dieser schweren Zeit, die auch an die Zeit der Erpressungsversuche durch das Dritte Reich von 1933 bis 1945 erinnert, überleben? Schneider-Ammann hat sich durch sein früheres Vorgehen bei der Deklara-

tion seiner Steuern als Nationalrat bereits disqualifiziert. Es bleibt deshalb zu hoffen, dass er durch die Vereinigte Bundesversammlung für die nächste Legislaturperiode abgewählt wird. Was die übrigen Bundesräte betrifft, **so müssen sie eine durchdachte Verhandlungsstrategie mit der EU entwickeln. Dazu gehört in erster Linie das Rückbesinnen auf unsere Stärken gegenüber Brüssel.**

Aufgrund ihrer geostrategischen Lage ist die Schweiz das Transitgebiet, auf das vor allem Deutschland, Frankreich und Italien nicht verzichten können.

Einen grossen Teil seiner Exporte in den Süden transportiert Deutschland über unser Eisenbahnnetz und unsere Strassenverbindungen. In der Vergangenheit wie auch heute ist der Gotthard für Deutschland als Transitachse unverzichtbar. **Was die Elektrizitätsversorgung betrifft, so sind insbesondere Frankreich und Italien auf unser intaktes Netz angewiesen.** Der Bundesrat muss dem Druck der EU einen Gegendruck entgegensetzen, indem er dabei geschickt die Stärken der Schweiz ausspielt.

Bei solchen Verhandlungen ist das Nachgeben einer Staatsführung nicht nur ein Zeichen der Schwäche, sondern gleicht einer Kapitulation.

Auf einen Bundesrat, der in einer solchen für die Schweiz schweren Situation kapituliert, können wir verzichten. Zwischen Staaten gibt es keine Freundschaften, sondern nur handfeste Interessen, die durch Verhandlungen ohne Rücksichten verfolgt werden müssen.

Selbstbewusstsein bedeutet Existenz

Zur Verhinderung von Kapitulationsserklärungen der Exekutiven aller Hoheitsebenen müssen wir bei den nächsten Wahlen glaubwürdige Parlamentarier wählen, **die die Interessen unseres Landes wahren und damit das Überleben der Schweiz sichern wollen.**

Schliesslich wird uns ein weiterer Trumpf übrig bleiben, nämlich die massive Zustimmung zur Ecopop-Initiative.

Im Interesse unserer Nachkommen darf die Schweiz unter keinen Umständen der Geldgier einiger weniger geopfert und dadurch zerstört werden.

Gedanken zur Neutralität der Schweiz

Erstaunliches ist gegenwärtig in unserem Lande festzustellen. Wirtschaftsführer und Spitzenpolitiker sind offenbar des Kleinstaates müde und **werben offen für den Anschluss an die EU (= Vasallenstaat der USA) oder träumen von einem Stadtstaat Schweiz mit 10 und mehr Millionen Einwohnern.** Der aktuelle Präsident des Bundesrates – Didier Burkhalter – hält sich weitgehend bedeckt und die «Primaballerina», e. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, spielt das «enfant terrible». Im Zusammenhang mit der Neutralität wird man zurzeit unwillkürlich an das Gedicht «Belsazar» von Heinrich Heine erinnern.

*«Und sieh! Und sieh! An weisser Wand
da kam's hervor wie Menschenhand –
Und schrieb und schrieb an weisser Wand
Buchstaben von Feuer und schrieb und schwand. ...
Die Magier kamen, doch keiner verstand
zu deuten die Flammenschrift an der Wand.»*



Das antidemokratische Machtgebilde EU (Bild Hauptsitz) zeigt der Schweiz einmal mehr ihr wahres Gesicht!

– Da wird die NATO vom Verteidigungspakt seiner Mitglieder in einen weltweit agierenden Angriffspakt umgewandelt – und niemand will die «Flammenschrift an der Wand» deuten.
– Da verlangt der (Herrscher) von den Mitgliedern des PfP («partnership for peace») grössere Solidarität bei den weltweiten «robusten» Einsätzen. Dabei kümmert er sich keinen Deut um die Neutralitätsverpflichtungen von Finnland, Schweden, Österreich

und der Schweiz – und niemand wagt auf das Ende «Belsazar's» hinzuweisen.

Basis der historischen Neutralität

Blicken wir vorerst in die Geschichte unserer Neutralität zurück. Wer sich mit den Geburtswunden der Eidgenossenschaft in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts befasst, dem kann nicht verborgen bleiben, dass es keine leichte Geburt war. Am 21. Dezember 1481 war der 8er-Bund kurz vor

dem Zerfall, als Pfarrer «Heinrich am Grund» mit der Friedensbotschaft von Bruder Klaus die Wende brachte und im «Bericht zu Stans» die Lösung der unheilvollen Spannungen zwischen den Landkantonen und den Städten initierte. In der Stadtbibliothek von St. Gallen findet sich ein Dokument, in welchem die entscheidenden Ratschläge von Bruder Klaus enthalten sind und **die den geistigen Urgrund der immerwährenden Neutralität unseres Landes darstellen mögen.** Es heisst dort: «O liebe Freunde, macht den Zaun nicht zu weit, damit ihr besser in Friede, Ruh, Einigkeit und in eurer sauer erworbenen löblichen Freiheit bleiben möget. Beladet euch nicht mit fremden Angelegenheiten, bündet euch nicht mit fremder Herrschaft, seid auf der Hut vor Zweigung und Eigennutz. Hütet euer Vaterland und haltet zu ihm. Pflüget nicht vorsätzlich Kriegslust, wenn euch aber jemand überfällt, dann streitet tapfer für Freiheit und Vaterland.» Welch ein Gegensatz zu dem dummen Spruch eines früheren Bundesrates, «wenn wir nicht zu den Krisen gehen,

kommen diese zu uns»! Damit wollte man Auslandsinsätze von Armeangehörigen begründen.

Beinhaltet der Appell von Bruder Klaus an die lieben Mitkämpfer nicht den Gedanken der bewaffneten Neutralität!

Botschaft blieb vorerst unerhört

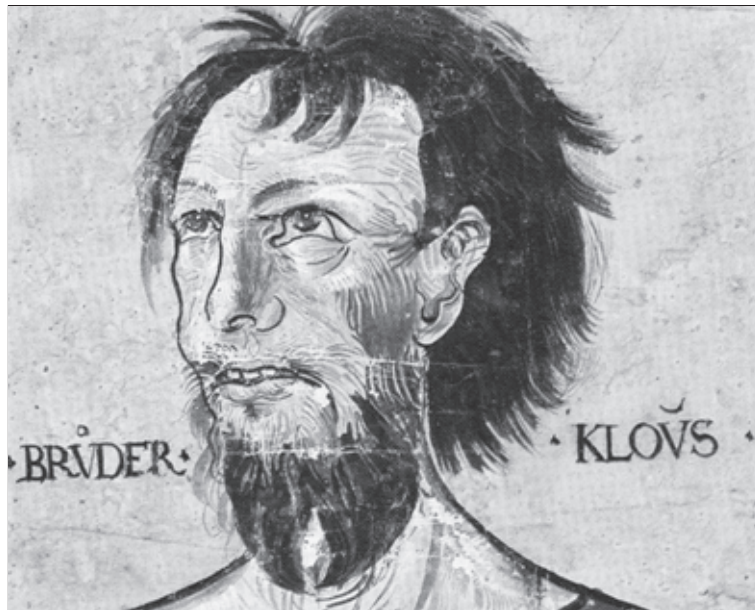
Die «lieben Freunde» mischten entgegen diesen Ratschlägen in den Mailänder Kriegen zu Beginn des 16. Jahrhunderts noch kräftig mit. So kam es zur Schlacht bei Marignano (1515), wo die Eidgenossen rund 10'000 Tote auf dem Schlachtfeld zurückliessen.

Die Schlacht bei Marignano allerdings bedeutete dann das Ende des Expansionismus und der Grossmannssucht und brachte wohl auch den Sieg des Neutralitätsgedankens.

Jedenfalls verfolgten unsere Vorfahren ab diesem katastrophalen Ereignis eine vorsichtiger Politik, auch weil sie aussenpolitisch glücklicherweise weitgehend bedeutungslos geworden waren. Es sollte aber noch bis zum Wiener Kongress von 1815 dauern, bis die europäischen Mächte die Bedeutung eines neutralen Alpenlandes entdeckten und die bewaffnete Neutralität schätzen lernten. In den kriegerischen Auseinandersetzungen in den Jahrhunderten dazwischen hatten unzählige Schweizer (Söldner) ihr Blut vergossen.

In Verletzung der Neutralität hatten die Behörden oftmals die Erlaubnis zur Reisläuferei an verschiedene Mächte vergeben.

So kam es, dass beispielsweise in der mörderischen Schlacht bei Malplaquet (1709) Schweizer in französischen und holländischen Diensten sich gegenseitig ermordeten. Um die Verständigung der Völker zu fördern, trat die Schweiz 1920 dem Völkerbund bei, wobei die schweizerische Neutralität als eine internationale Verpflichtung erklärt wurde. Allerdings wurde die Schweiz im Laufe der Zwischenkriegszeit zu Neutralitätsverletzungen durch wirtschaftliche Massnahmen gezwungen. So war es eine logische Folge, dass die Schweiz 1938 aus dem Völkerbund wieder austrat und damit zur absoluten Neutralität zurückkehrte. Eine Massnahme, die nicht zuletzt für die Bewahrung der Schweiz vor den Schrecken des Zweiten Weltkrieges wichtig gewesen sein dürfte.



Leuten wie Bruder Klaus (Bild) verdankt die Schweiz ihre heutige Existenz.

Und wo stehen wir heute?

Wer glaubt, wir befänden uns in einer friedlichen Welt, muss als naiv bezeichnet werden. Die irrwitzigen Rüstungsaufwendungen der USA, das Wirken ihrer Geheimdienste weltweit, die künstlich erzeugten Katastrophen im Nahen Osten, die Unruhen in Afrika und im Fernen Osten, die Bevölkerungsexplosion,

die Finanz- und Systemkrise (Arbeitslosigkeit/Überschuldung der Industriestaaten usw.) und die offensichtlichen Bemühungen von Russland, China, Indien und Brasilien, eine ihrer Grösse angemessene Rolle auf der Weltbühne zu spielen, lassen die Spannungen in der grossen Politik mit Händen greifen.

Etwas ist oberfaul in unserem Strafvollzug

Den Haupttitel habe ich «ausgeliehen» aus Shakespeares Hamlet, wo es heisst «Etwas ist faul im Staate Dänemark». Dass im schweizerischen Strafvollzug etwas überhaupt nicht stimmt, dürfte auch dem fanatischsten linken Pseudohumanisten spätestens nach dem «Fall Carlos» klar geworden sein.

Für diesen kriminellen jugendlichen Straftäter, der unter anderem einen jungen Mann halb tot geprügelt hatte (nebst vielen anderen Straftaten), wurde bekanntlich die Wahnsinnssumme von Fr. 29'000.- (in Worten neunundzwanzigtausend Schweizer Franken) pro Monat (!!!) ausgegeben.

Unter anderem erhielt dieser Kriminelle eine 4½-Zimmer-Wohnung mit diversen hauptamtlichen Angestellten, unter anderem Privattraining im Kampfboxen (wohl damit dieser vorbestrafte Schläger in Zukunft seine Opfer noch schlimmer zurichten kann).

Wie erfolgreich sind entsprechende Therapien?

In der «az» war ein grosser fast ganzseitiger Artikel zu finden. Auf

der Titelseite stand im Haupttitel: «Ausgaben für Aargauer Straftäter massiv gestiegen» und im Untertitel «Justiz: Kosten sind um 55 Prozent gestiegen»; und dies innert nur sechs Jahren (von 2007 um 27.1 Millionen Franken bis 2012 auf 42 Millionen Franken). Wörtlich war zu lesen: «Ins Geld gehen vor allem die Ausgaben für Therapien von Straftätern. Solche Therapien werden immer häufiger angewendet.» Der Aargauer Justizdirektor, Regierungsrat Urs Hofmann (SP), sagt es deutlich (wörtlich): «So kann das mit den Kosten im Justizvollzug nicht weitergehen.» Und weiter in der «az»: «Hofmann ist nicht überzeugt, dass Therapien in jedem Fall den gewünschten Effekt haben.» Meine Meinung dazu: **Es ist offenbar überhaupt nicht erwiesen, da wahrscheinlich noch nie genau untersucht wurde, ob Therapien überhaupt etwas nützen und wenn ja wie oft.** Der Haupttitel des dreiviertelseitigen Artikels lautete: «Professor Killias kritisiert den <Therapie-wahn>». Wörtliches Zitat am Anfang des Artikels: Strafrechtsprofessor Martin Killias ist empört über die Kostensteigerung im Justizvollzug. «Das ist ein Fass

Wohl nicht vergebens hat der russische Präsident Dmitri Medwedew soeben gewarnt, die USA sollten mit ihrem Doppelspiel aufhören. Er brauchte die Warnung, die Welt stehe zehn Minuten vor einem Atomkrieg.

Es grenzt an mutwilligen oder vielleicht sogar böswilligen Landesverrat, in dieser Situation einen Beitritt zum Vasallenstaat EU zu verlangen und die Fähigkeit, die Verpflichtungen einer bewaffneten Neutralität wahrzunehmen, zu missachten (Abbau der Armee).

Schlusswort

An die Adresse unserer Spitzenpolitiker: Ihre Behauptung, Neutralität sei nicht zu verwirklichen, trifft insofern zu, als sie mit ihnen nicht zu verwirklichen ist. Tatsächlich sind ganz andere Prioritäten in der Politik zu setzen als heute gelten; vorausgesetzt, wir wollen für unser kleines Land eine echte Chance für die Zukunft schaffen. **Bruder Klaus hat uns die nötigen Hinweise vor 600 Jahren schon gegeben.** Es wäre gut, diese ernst zu nehmen!

Valentin Oehen,
e. Nationalrat, Köniz

ohne Boden», sagt er. Für Killias ist klar: «Schuld ist der Therapie-wahn.» Und weiter:

«Uneinigkeit herrscht darin, ob sich kostspielige Therapien überhaupt lohnen.»

Und weiter (wörtlich): «Sicher ist: **Therapieren ist viel teurer als Einsperren. Für einen Tag reinen Strafvollzug werden 271 Franken verrechnet – in einer Massnahmenstation bis zu 1300 Franken.**» Meine Meinung: Man zahlt also Unsummen für «Therapien», ohne zu wissen, ob sich dieselben überhaupt lohnen. Da kann ich nur sagen: «Dümmer gehts wirklich nimmer.» Dass die Schweiz weltweit als Paradies und Schlaraffenland für Verbrecher gilt und deshalb ein richtiger Magnet ist, nach dem Motto «Straf- und Gewalttäter in aller Welt vereinigt euch in der Schweiz», ist unter diesen Umständen leicht verständlich; leider hat unser Bundesrat das noch nicht erkannt. Aber eben, die «Qualität» unserer «Landesväter» in den letzten Jahrzehnten ist weitherum bekannt.

Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden

Graben zwischen Stadt und Land?

Dass die Stimmbürger einiger Stadtgemeinden in der Deutschschweiz die Initiative gegen die Masseneinwanderung abgelehnt haben, wird von einigen Journalisten dazu benützt, einen Graben zwischen Stadt und Land auszuheben und zu behaupten, nur «Hinterwäldler» hätten dem Volksbegehren zugestimmt. Ganz abgesehen von der Beleidigung des Schweizer Landvolkes, dieses als «Hinterwäldler» und «unliberal» zu bezeichnen, übersehen sie dabei bewusst, dass die Landbevölkerung viel zu klein ist, um einen negativen Entscheid zu einem eidgenössischen Volksbegehren herbeiführen zu können. Andererseits wohnen heute in den Kernstädten offenbar zu viele Eingebürgerte!

Auch Vorstädte und Agglomerationsgemeinden haben dem Begehren nämlich zugestimmt.



Die Lüge vom ausschliesslich «ländlichen» Ja diffamiert die Befürworter. Dabei haben Städte wie Schaffhausen (Bild) ebenfalls zugestimmt.

Gerade die dortigen Stimmbürger, zum Teil aus den historischen Städten vertrieben, haben zusehen

müssen, wie immer mehr natürlich geliebene Landschaften, welche der ganzen Bevölkerung als

Erholungszone dienen, überbaut und zubetoniert wurden!

Dichtestress als Argument

Bessere Vorstellungen, was unter «Dichtestress» zu verstehen ist, liefert die vergleichende Verhaltensforschung oder Ethologie. Einfach mit dem Wort herumzuhantieren, ist ungenügend. Erst eine vertiefte Analyse gewisser Zusammenhänge erlaubt die Erfassung dessen Bedeutung. Zwar ist diese neuere Wissenschaft zum Teil auch schon ins öffentliche Bewusstsein eingedrungen.

Sonst würden Wörter wie Alphatypus, Drohgebärde oder Kindchenschema nicht in Texten von Medienleuten auftauchen.

Dr. Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf

Politiker der Exekutiven erweisen sich als Profiteure

Landauf, landab kassieren offenbar Politiker verschiedener Kantons- und Stadtregierungen zusätzlich zu ihren ausgezeichneten Entlohnungen horrenden Nebeneinkünfte. Ein Beispiel für den Kanton Zürich sind die Regierungsräte Ernst Stocker und Markus Kägi. Beide Regierungsräte erhalten mit Fr. 350'000.– ein sehr hohes Jahres-einkommen. **Zusätzlich bekommen diese beiden Exekutivpolitiker Sitzungsgelder aus Mandaten, die sie im Auftrag ihrer Regierungsfunktionen ausüben müssen.**

Von den Fr. 243'900.–, die Regierungsrat Stocker aus diesen Mandaten erhält, liefert er Fr. 208'200.– an die Staatskasse. Damit behält er Fr. 33'800.– als Nebeneinnahme und kassiert gemäss «Tages-Anzeiger» Fr. 1900.– an Spesen für sich.

Regierungsrat Kägi nimmt Fr. 96'000.– ein und behält davon Fr. 17'400.– für sich. Bei beiden Regierungsräten werden diese zusätzlichen Einnahmen durch Mandate, die Teil ihrer Regierungsfunktionen sind, generiert.

Von Rechts wegen gehören alle diese Nebeneinnahmen in die Staatskasse.



Gewisse Volksvertreter wie der Zürcher Regierungsrat Ernst Stocker (Bild) bedienen sich auf schamlose Weise.

Das Abzweigen solcher Einnahmen zugunsten von Regierungs- und Stadträten geht zulasten aller Steuerzahler.

Solange keine Änderung dieser Praxis erfolgt, müssen solche Exekutivpolitiker als Profiteure bezeichnet werden, die sich auf Kosten der einfachen Bürger bereichern.

Andreas Stahel,
Präsident SD Kanton Zürich,
Wädenswil

Destruktive Economiesuisse!

Die Economiesuisse tritt für den unbeschränkten Zugang der Ausländer zum schweizerischen Arbeitsmarkt ein. Diese Economiesuisse hat den Wachstumswahn. Mit ihrer Politik wird sie erreichen, dass die Schweiz immer ärmer wird. **Es gibt Arbeitslose, Ausgesteuerte und Invalide wie kaum zuvor in der Schweizer Geschichte.** Immer mehr Menschen leben finanziell am Existenzminimum. Absolute Armut gibt es in der Schweiz kaum, aber die relative Armut nimmt immer mehr zu. Statistische Beispiele:

Ausgaben der Invalidenversicherung:

1960: CHF 102 Mio.

1970: CHF 600 Mio.

1980: CHF 2100 Mio.

2000: CHF 7900 Mio.

2012: CHF 9700 Mio.,

450'000 Leistungsbezieher

Anzahl Erwerbslose:

1991: 69'000 Erwerbslose

2012: 193'000 Erwerbslose

Man sieht, die Ausgaben der IV haben extrem zugenommen. Auch die Anzahl der Erwerbslosen hat massiv zugenommen. Wenn ein Mensch arbeitslos wird, gibt es schlussendlich Sozialhilfe oder die Person wird IV-Bezüger. Zum Glück haben wir für diese beiden Fälle gute Sozialsysteme.

Wenn es aber so weitergeht, riskieren wir unsere Sozialsysteme bzw. die Leistung der Sozialsysteme wird immer schlechter (sieht man zurzeit gut in der EU, wenn das Geld ausgeht).

Diese Politik des ungebremsten Wirtschaftswachstums und ihre permanente Zuwanderung ist somit eine «Versagerpolitik». Es ist eine unüberlegte Politik, die der Schweiz schadet, **es gibt offensichtlich immer mehr Arme und immer mehr Umweltzerstörung.**

Die Economiesuisse ist an vorderster Front, wenn es um die Zuwanderung geht, nach ihr können nicht genug kommen. **Diese Organisation ist ein wichtiger Grund, wieso wir eine sehr starke Zuwanderung haben.** Man fragt sich, ob diesen Personen die Schweiz egal ist.

Wahrscheinlich schon, wenn man sieht, wie viel ausländisches Aktienkapital in diesen Mitgliederfirmen der Economiesuisse ist. Wenn diese eine Politik gegen die Schweiz betreibt, so ist dies kein Wunder. Wesentliche Besitzer sind im Ausland (zum Beispiel USA). Denen ist egal, was aus der Schweiz wird.

Ich hoffe, immer mehr Menschen verstehen die Zusammenhänge.

Walter Huber, Basel

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörgeli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und aussagekräftig sein!

Folgende Preise sind für solche Kleininserate vorgesehen: Bis 7 Zeilen kostet es 25 Franken, 8 bis 15 Zeilen (oberste Grenze) kosten 50 Franken.

Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftrag-

gebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 8116, 3001 Bern

Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf www.sd-marktplatz.ch

Wer sucht, der findet!

Dienstleistungen

Steuererklärung 2013. Steuerexperte (über 30 Jahre Berufserfahrung) füllt Ihre Steuererklärung bei Ihnen zu Hause (Bern und Umgebung) aus und gibt Ihnen entscheidende Steuertipps. Stundensatz Fr. 80.-.
Telefon 031 941 06 73
E-Mail: j.p.schwab@bluewin.ch

Wir suchen für unsere solventen Kunden:

- Einfamilienhäuser
- Eigentumswohnungen
- Bauland

Telefon 079 454 60 60

E-Mail: gautschi@swissonline.ch

Zu vermieten

Seriöse und preiswerte Mietwagen, Kleinwagen, Limousine/Kombi, Van, Motorräder und Roller.

Ab Fr. 300.- pro Mte. Die Fahrzeuge können pro Tag, Woche oder Monat gemietet werden; für die ganze Schweiz. Region Biel.
Telefon 079 408 69 39

Zu verkaufen

Mercedes Benz 600 SE, V12, Leder, AC, Standheizung, Aluräder usw., top Zustand, Fr. 12'800.-, ab Service und MFK, Tausch, Teilzahlung ohne Anzahlung möglich.
Stadt Bern.
Telefon 079 304 74 51

Bio-Knospen Olivenöl und Schweizer Essig von Waldkirch SG, Region Ostschweiz,
Telefon 071 244 72 76 oder thomas-fischer@bluewin.ch

Welcher Sammler sucht **Super-8-Filmgeräte, Kameras, Projektoren, Betrachter, Schneidegeräte, Klebpressen, Stative, Schwenkköpfe «Miller», Leerspulen** verschiedene Grössen. Region Luzern.
Telefon 041 280 52 17

Italienische Meistergeige, Riccardo Bergonzi, Cremona, 1990, Fr. 20'000.-. Region Zürich.
Telefon 052 343 17 60

Hier könnte Ihr Inserat stehen.

info@sd-marktplatz.ch

Gesucht

Gesucht Heimarbeit: Div. Arbeiten sind möglich, z.B. montieren, verdrahten, löten, drehen, fräsen, Schildergravuren, kleinere Holzarbeiten, andere Arbeiten auf Anfrage. Ganze Schweiz.
Telefon 044 780 39 37

Gesucht – günstig oder gratis: Fotos, Postkarten, Prospekte, mit Abbildungen von Menschen, Objekten, Gebäuden, Landschaften usw. für den Abdruck im «Schweizer Demokrat» (Bebilderung von Artikeln). Kontaktadresse: **SD-Sekretariat in Bern. Telefon 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11**
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Kaufe von privat **altes Spielzeug** vor 1970: Eisenbahnen, Blechautos, Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten, Dinky Toys, Teddybären usw.

Auch alte Ansichtskarten vor 1950, alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw., Region Zürich.

Telefon 079 643 55 64

Stellensuche

Ich will arbeiten! Welcher Schweizer Unternehmer ist noch interessiert an einer qualifizierten, tüchtigen

Fachkraft? Ich bringe 10 Jahre **Erfahrung als Teamleiterin Back-office und Stv. des GF** mit. Ich habe eine schnelle Auffassungsgabe, bin vielseitig interessiert und möchte da arbeiten, wo CH-Fachkräfte noch gefragt sind. Gerne wieder im Bürobereich (Assistenz/Sachbearbeitung/Teamleitung). Bin auch offen für neue Aufgaben. Bevorzugt in folgenden Kantonen: AG/BL/BE/SO/ZH. Bin mobil.


Telefon 079 640 44 88
E-Mail: puma20@gmx.ch


Bekanntschaffen

Berner, mit Bart, 185/85, NR/NT Autofahrer, sucht Schweizerin mit Grips und Humor, 30 – 50 J., Region FR, BE und ZH. Politik, Reisen, Kochen, Schwimmen und Garten sollten Dir Freude machen. Bis bald.
Telefon 079 333 68 68.


SD 
Schweizer Demokraten

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **Bezirk Baden und Umgebung:** **Stamm** im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Telefon 056 222 68 72.

 **SD Stadt Bern: Höck:** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort

etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 031 974 20 10. **Berner Oberland: Höck** im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Luzern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Donnerstag im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab

Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Weitere Infos über Telefon 076 416 17 00.

 **Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Donnerstag, 27. März 2014, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier.

Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!



Kanton Bern

Kantonale Grossratswahlen
vom 30. März 2014

Die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Bern treten mit dem Slogan «Bärner – zämeschtah, drmit Bärn Bärn blybt!» zu den diesjährigen Grossratswahlen an.

Es wurden in drei Wahlkreisen Listen eingereicht, wobei man seit der letzten Strukturreform zum ersten Mal im Kreis Mittelland-Nord präsent ist.

Der Vizepräsident der Berner Stadtsektion, Roland Walpert, führt den vorwiegend aus jungen Aktivisten bestehenden Wahlvorschlag an. Adrian Pulver, Zentralsekretär und Präsident der SD Stadt Bern, bildet zusammen mit Rudolf Kohli das Spitzenduo der Stadtberner Liste. Im grössten Wahlkreis, Biel-Seeland, buhlt Kantonalpräsident Andreas Beyeler um einen der 26 Sitze.

Die Schweizer Demokraten (SD) setzen sich für folgende Anliegen ein:

- den Erhalt schweizerischer Identität (Brauchtum, Kultur und Traditionen)
- einen Einwanderungsstopp mittels Kündigung der Personenfreizügigkeit
- den Erhalt von Kulturland und die Begrenzung der Bauzonen

- den Ausbau erneuerbarer Energien (rasche und konsequente Umsetzung der Energiewende)
- härtere Strafen für Gewalt- und Sexualverbrecher
- Sicherheit und Ordnung durch genügend Polizeipräsenz
- Meinungsfreiheit statt Maulkorb
- einen haushälterischen Umgang mit Steuergeldern, gegen Schuldenwirtschaft und Steuererhöhungen
- die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an einheimische Betriebe

Zudem sind die SD gegen folgende Begehren:

- Kriminalität, Ghettoisierung und Asylmissbrauch
- Islamisierung und Parallelgesellschaften
- Abbau bei den Beiträgen für Prämienvorbereitung und Spitex
- Schliessungen von Regionalspielfeldern
- die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländern
- Waldrodungen zum Einzonieren (für Bauland)
- die Privatisierung und Auslagerung von Staatsbetrieben (z.B. BKW)
- erleichterte Einbürgerungen
- das Ausländerstimm- und Wahlrecht
- EU-Beitritt und Globalisierung

Wahlvorschläge

Wahlkreis Stadt Bern, Liste 23

Adrian Pulver, 23.01.9, Jg. 1983, Bern-Weissenbühl, SD-Zentralsekretär / Redaktor, dipl. Kaufmann HWD

Rudolf Kohli, 23.02.7, Jg. 1949, Bern-Bümpliz, Chauffeur

Hans-Jürg Wenger, 23.03.5, Jg. 1964, Bern-Sandrain, Verkäufer / Fitnessinstructor

Vincent Kräuchi, 23.04.3, Jg. 1975, Bern-Bethlehem, Chauffeur

Margrit Neukomm, 23.05.1, Jg. 1953, Bern-Bethlehem, Bibliothekarin

Hans-Rudolf Diebold, 23.06.0, Jg. 1955, Bern-Bümpliz, Bäckerei-Maschinenwart / Hauswart

Wahlkreis Mittelland-Nord, Liste 13

Roland Walpert, 13.01.3, Jg. 1981, Bolligen, Bäcker-Konditor

Nicole Zwimpfer, 13.02.1, Jg. 1985, Bolligen, Selbstständigerwerbend

Daniel Kirchhofer, 13.03.0, Jg. 1980, Ostermundigen, Metallbearbeiter

Wahlkreis Biel-Seeland, Liste 16

Andreas Beyeler, 16.01.2, Jg. 1970, Worben, Gastwirt

**Stärken wir die Glaubwürdigkeit der Schweizer Armee mit einer zeitgemässen Luftwaffe!
Ja zur Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen (Volksabstimmung vom 18. Mai 2014)!**



Bärner – zämeschtah!

Drmit Bärn Bärn blybt! 

SD 
patriotisch – umweltbewusst – sozial
Schweizer Demokraten

Annahme der Ausländermotion

Stadtrat diskriminiert
Schweizer Bürger

Die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Bern sind aufs Schärfste empört über den Entscheid des Stadtrats, Ausländern die Möglichkeit einer Motion (verbindlicher parlamentarischer Auftrag) zu geben. **Damit nehmen Personen, welche keinerlei politische Rechte besitzen, direkt auf den Gesetzgeber Einfluss.** Die dafür benötigte Anzahl Unterschriften (400) ist verschwindend klein und führt unmittelbar zu einer Abwertung des Initiativrechts respektive zu einer Benachteiligung der stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer. **Diese verfügen, sofern sie nicht Mitglied des Parlaments sind,**

über kein solches Instrument. Des Weiteren wird im Gegensatz zur Volksinitiative das Stimmvolk übergangen, was die Ausländermotion nochmals entscheidend aufwertet. Die SD verurteilen eine solche Art der Diskriminierung des Schweizer Bürgers. **Rot-grüne und liberale Kräfte im Stadtrat wollen auf diese Weise das Ausländerstimmrecht durch die Hintertür (ohne Volksentscheid) einführen. Die Schweizer Demokraten (SD) werden, falls man an diesem Entscheid festhält, das Referendum ergreifen.**

*Adrian Pulver,
Präsident SD Stadt Bern, Bern*



Kanton Zürich



Gemeinderatswahlen Wädenswil

Die Schweizer Demokraten (SD) portieren für die Gemeinderatswahlen (Parlament) vom 30. März 2014 folgende Kandidaten:

Liste 11

– Prof. Dr. Albert A. Stahel (bis-

her), Jg. 1943, Leiter Institut Strategische Studien / Dozent, Wädenswil

– Marco Kronauer, Jg. 1993, Student Agrarwissenschaften, Wädenswil



Union européenne ou le Déclin Programmé

Depuis le 1er janvier 2014, les dernières entraves à la libre circulation pour les roumains et les bulgares ont été levées. L'immigration Watch prévoit un afflux pour la Grande-Bretagne de 50'000 ressortissants de ces deux pays par an.

Il y a en Espagne et en Italie deux millions de roumains et de bulgares, uniquement pour l'Italie 900'000 roumains. Ces deux pays ont un fort taux de chômage des jeunes, le chiffre de 40% et plus est avancé (Eurostat, NZZ Nr. 26).

Dans toute l'UE la question du chômage des jeunes est sensible. Pour maintenir l'endettement au-dessous de 3% du produit intérieur brut PIB, les Etats ont augmenté la pression fiscale et ont diminué les prestations, ce qui a momentanément soulagé les caisses de l'Etat, sans pour autant régler sur le plus long terme



la question de l'endettement. On attend une reprise de la situation économique, annoncée pour 2011, puis 2012 et 2013, maintenant elle viendrait en 2014, voire 2015. La reprise ne se décrète pas. Les pays de l'UE ont réformé le système de retraite, il faut travailler plus longtemps pour toucher une rente. Le système est basé en général sur la répartition comme notre AVS.

L'augmentation de l'âge de la retraite

te a pour effet pervers que les places de travail se libèrent plus tard, dans un contexte où il serait impératif de mettre les jeunes au travail pour qu'ils cotisent. On a ainsi une situation infernale. Pour assurer une retraite décente à une population qui vieillit, il faut des cotisants, or une partie importante de ceux-ci fait défaut. Nous avons ici une régression sociale. Le président de l'Italie, Giorgio Napolitano, lors

de son allocution pour le Nouvel An a cité le cas d'un demandeur d'emploi, qui à 45 ans ne trouve pas de travail, car trop vieux, mais bien trop jeune pour bénéficier d'une retraite. Ici on voit l'absurdité de la politique dictée par Bruxelles.

On laisse entrer en masse des travailleurs étrangers et on laisse partir des places de travail par le biais de la délocalisation, alors que l'on n'a pas assez d'emplois pour sa propre jeunesse.

On fait pression sur les salaires en menaçant de délocaliser ou on engage des ouvriers étrangers à moindre coût. Une génération de jeunes reste sans perspective et vit dans la précarité. Quel échec pour l'Union européenne!!! Sans un changement radical de politique à Bruxelles, le déclin de l'UE va se poursuivre.

Michel Dupont, 1er vice-président des DS Suisse, Pully

Et maintenant?...

Juillet 1970: première initiative de l'Action Nationale contre l'emprise étrangère (900'000 immigrés; 15,9% de la population totale!) rejetée à 54%.

1974: seconde initiative: 67% de non! 1988: troisième initiative: 67,3% de non!

2001: initiative dite des 18% (l'ineffable girouette Philipp Müller était membre du comité de cette dernière!) rejetée elle-aussi à 64%!... Jusqu'à aujourd'hui!

Près d'un million et demi de Suisses demandent une limitation de l'immigration, ce n'est pas rien.

Cela donne des idées de référendum aux norvégiens eux-mêmes, ce qui n'est pas rien non plus. 1 million 500'000 suisses insultés et diabolisés par le seul fait d'avoir voté en faveur de l'initiative UDC du 9 février dernier. Et, dans ce concert d'injures, l'indicible et pseudo-écologiste Daniel Brélaz (syndic de Lausanne) affirmant que si le canton a rejeté massivement la dite initiative c'est tout simplement parce que les immigrés y sont bien intégrés! (sic) **Cet infortuné canton qui disparaît**

sous le béton par la faute de personnages du même type, compte officiellement 32% d'étrangers et bien davantage si l'on y ajoute les naturalisés.

Quand aux institutions pénitentiaires, il y a belle lurette qu'elles ont fait le plein: 85% d'étrangers (naturalisés non compris!). Et, pour finir avec ce triste canton, les responsables du CHUV nous bassinent avec les problèmes à venir de recrutement de personnel, alors que l'augmentation démographique de ce pays est exclusivement d'origine étrangère. Cette argumentation fallacieuse entre ici dans une contradiction évidente, car une diminution drastique de l'immigration signifiera nécessairement, c'est un truisme, une diminution des besoins de main d'œuvre hospitalière, a fortiori d'origine étrangère! Idem pour le bétonnage intensif que connaît ce malheureux pays... **Quant aux tessinois et leur score historique (68% de oui), la situation géographique de leur canton n'y est évidemment pas étrangère.** Ce que les «habitants» du canton de Genève n'ont toujours pas compris, avec une explication quand-même: **les genevois d'origine (2%) ont prati-**

quement complètement disparu de leur propre canton! Beau résultat et préfiguration de ce qui pourrait arriver plus rapidement dans ce pays si

ce type d'initiative avait une nouvelle fois échoué.

Pierre-Maurice Vernay, président des DS Vaud, Remaufens

Au moins, nous avons accompli quelque chose...

10 Thermidor 1794, Fouquier-Tinville constatant l'identité des condamnés: Saint-Just à Robespierre: «...au moins, nous avons accompli quelque chose...»

Depuis 45 ans, nos initiatives systématiquement combattues et rejetées par des électeurs totalement bernés.

Jusqu'à aujourd'hui, où, celle de l'UDC a, finalement et contrairement à tous les sondages falsifiés, miraculeusement abouti. Remarquons aussi la curieuse proximité des sondages subséquents confirmant et amplifiant ce résultat: allemands à 62% pour; français à 65% et britanniques 69,7%! Etrange, non? Il faut dire que l'UE étouffée et ruinée par un chômage exponentiel, une immigration incoercible et une croissance en panne devait dénicher le cobaye qui allait déclencher cette réaction. C'était la Suisse. **Ce pays**

connait, si l'on tient compte des surfaces réelles, la démographie la plus élevée d'Europe: 500 habitants au km². Elle accueille chaque année plus de 150'000 immigrés supplémentaires! Moins les départs, les décès et les naturalisations: **solde migratoire: 57'000 à 60'000 personnes au minimum. 76'916 pour la seule année 2008!** Il était fatal qu'à un moment ou à un autre, les habitants de ce pays réagissent comme ils viennent de le faire... Même si cela peut paraître un peu tard. Quant à notre chère et héroïque section qui, nonobstant les décès (10 par année) et les défections, persiste à exister et à présenter des candidats aux élections fédérales et dont je suis honoré d'avoir présidé aux destinées pendant plusieurs années, elle peut s'enorgueillir, à l'instar de la déclaration de St-Just, d'avoir aussi accompli quelque chose.

Pierre-Maurice Vernay, président des DS Vaud, Remaufens

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Masseneinwanderung begrenzen JA! – Schallende Ohrfeige für herrschende Elite

Mit Freude nehmen wir Schweizer Demokraten zur Kenntnis, dass eine Mehrheit der Schweizer Bürger der Masseneinwanderungsinitiative zugestimmt hat.

Nun gilt es, weiterhin politisch Druck zu machen, damit der Volkswille überhaupt umgesetzt werden kann.

Das ist leider gar nicht selbstverständlich. Die heutigen Verlierer sind der Bundesrat, die FDP, die CVP, die SP, die Grünen, die GLP, die EVP, die BDP, die Kirchen, die Gewerkschaften und die Wirtschaft um Economiesuisse. Sie alle haben gegen das Volk verloren. **Ihre millionenschweren Verleumdungs- und Lügenkampagnen haben sich glücklicherweise nicht durchgesetzt.** Das Volk hat abermals gewonnen!

Dies war erst der Anfang!

Die nächste Abstimmung folgt in etwa einem Jahr, nämlich die Eco-

pop-Initiative. Doch zuerst muss auch hier für Ordnung gesorgt werden. Bereits will die CVP diese Initiative für ungültig erklären, schlechte Verlierer, wie sie nun einmal sind. Aber immerhin hat Bundesrätin Sommaruga am 9. Februar erklärt, **dass die Ecopop-Initiative mit der heute angenommenen Masseneinwanderungsinitiative kompatibel ist.** Auf gut Deutsch heisst das:

Wir können und müssen in einem Jahr der Ecopop-Initiative problemlos zustimmen. Sie ist eine notwendige und willkommene Ergänzung zur Masseneinwanderungsinitiative.

Der Kampf geht also weiter. Wir dürfen nicht ruhen und müssen weiterhin politischen Druck machen.

SD legten Fundament

Der heutige Sieg ist die Fortsetzung der NA/SD-Siege zu den The-

men erleichterte Einbürgerung, Ausländerstimmrecht und Aufrechterhaltung des Gesetzes gegen den Ausverkauf der Heimat.

Wenn man das so sieht, dann haben wir als NA/SD in den früheren Jahren ein wichtiges langfristiges Fundament für den Abstimmungssieg vom 9. Februar 2014 gelegt!

Wir haben genug von der Einwanderung und Überfremdung. Wir wollen uns die nationalen Wurzeln nicht länger von den Internationalisten beschneiden lassen. Und die EU bekam auch endlich einmal einen Denkmittel. **Hoffentlich lassen sich andere EU-Länder von unserem Volksentscheid inspirieren.** Auf dass sich diese EU in sich selbst auflöst. **Schluss mit der Masseneinwanderung nach Europa und stopp der Islamisierung! Wir sind das Volk und wir entscheiden!**

SD-Parteileitung

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat!

Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:
Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch

Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.–. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben. Zwischen März und Juni des laufenden Jahres folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.–). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben. Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt. *SD-Redaktion*